



chthsfall erklärt, Dort haben sich auch Polizisten vernetzt Foto: Boris Roesler/dpa/picture alliance

auch der Verfassungsschutz macht keine gute Figur bei der Aufklärung.

Einerseits ist da die Prepper-Gruppe Nordkreuz, die sich in Chatgruppen organisierte. Hannibal hatte sie ins Leben gerufen, es gab sie nicht nur in Norddeutschland, sondern auch im Westen, Süden und Osten. Zwei Nordkreuz-Mitgliedern wirft die Bundesanwaltschaft Rechtsterror vor. Sie sollen Feindeslisten angelegt und geplant haben, am Tag X Menschen abzutransportieren und zu liquidieren.

Hinzu kommt der Administrator der Gruppe, er ist inzwischen verurteilt, weil er illegal Schusswaffen besaß und Munition von der Bundeswehr und von Polizeidienststellen aus ganz Deutschland bei sich gehortet hatte. Die Männer hatten Leichensäcke bestellt, ein Safe House eingerichtet. Diese Hauptakteure von Nordkreuz gelten inzwischen als eindeutig rechtsextrem. Der Verfassungsschutz des Landes präsentierte sich als Behörde, die kaum mit eigenen Erkenntnissen zur Aufarbeitung beitragen konnte. Zu diesem Ergebnis kam jedenfalls eine unabhängige Expertenkommission, die der Innenminister Lorenz Caffier (CDU) eingesetzt hat.

Zum anderen sind da einige Uniter-Mitglieder im Land, die bekannte Zahl ist überschaubar. Darunter ein Streifenpolizist aus Wismar. In sozialen Medien teilte er gerne Fotos, man sieht ihn in Po-

lizeiuniform, an der er ein Uniter-Abzeichen geheftet hat, oder wie er als Scharfschütze posiert. Einmal drapiert er für ein Foto seine Dienstwaffe und das Uniter-Abzeichen miteinander. Diese Bilder sind inzwischen alle gelöscht. Dafür lässt sich noch immer ein Video finden, in dem H. Offizieren und Offiziersanwärtern an der Hamburger Bundeswehruniversität Kampftraining gibt. Als wir Ende 2018 auf ihn aufmerksam werden, ist er bestens in der damaligen Uniter-Vereinsführung vernetzt. Er bietet intern sogar einen Selbstverteidigungskurs an. Als wir H. anrufen, bestätigt er, Uniter-Mitglied gewesen zu sein, bis zum Frühjahr 2019. „Die Leute, mit denen ich zu tun hatte, waren normale Leute, keine Nazis“, sagt er.

Neben T. gibt es noch weitere Menschen, die Uniter bedenklich finden, und so findet ein Video seinen Weg zum Verfassungsschutz. Es liegt auch der taz vor. Darauf ist der Polizist aus Wismar im weißen Karateanzug zu sehen, wie er mit Jugendlichen trainiert, dieses Mal in einer besonderen Disziplin: Messerkampf. Sie haben sich einen prominenten Trainer geholt, einen Russen, der um die ganze Welt reist und auf Fotos gerne in Uniform posiert, manchmal auch mit einem Gewehr in der Hand. Darauf trägt er das Abzeichen der Speznaz, einer Spezialeinheit des russischen Militärgeheimdienstes GRU. Unsere Recherchen bestätigen, dass es sich um einen Vete-

ranen handelt, der bis heute in engem Kontakt mit seinen früheren Geheimdienstkameraden steht, teils sehr hochrangig, etwa einem vielfach dekorierten Generalmajor a. D. Der Polizist will von diesem Hintergrund nichts mitbekommen haben.

Heute sagt das Innenministerium auf taz-Anfrage, dass eine „aktive Verbindung von Polizeibeamten zu Angehörigen eines russischen Nachrichtendienstes“ grundsätzlich mit einer Tätigkeit im Polizeidienst nicht vereinbar sei. Damals hat es offenbar keiner gemerkt.

Das Innenministerium schickt ihn in die Ausbildung für den gehobenen Polizeidienst. Der nächste Karriereschritt steht an.

Im Februar 2020 wird bekannt, dass Uniter vom Bundesamt für Verfassungsschutz zum rechtsextremen Prüffall erklärt wurde. Damals fragen wir das Landesinnenministerium, ob es sich dieser Einschätzung anschließt. Wir bekommen keine Antwort.

Im Mai schickt uns T. ein Foto. Darauf ist ein Loch in einer Fensterscheibe zu sehen. Er glaubt, jemand habe auf sein Haus geschossen. Er wendet sich an die Polizei. Noch kennt er den SPD-Abgeordneten Friedriszik nicht, sonst wüsste er, dass auch dieser Schäden an seinem Haus feststellte, die er für Einschusslöcher hält und ebenfalls Anzeige erstattet hat.

Zu diesem Zeitpunkt geht es längst nicht mehr nur um ein rechtes Netzwerk, einen Polizisten und eine Quelle. Es stellt sich die Frage: Wie arbeitet der Verfassungsschutz überhaupt? Und warum schafft er es offenbar nicht, mit gewonnenen Informationen etwas Sinnvolles zu tun? Der Geheimdienst aus dem Nordosten ist inzwischen auch Thema im Bundestag. Kürzlich berichtete der WDR, dass Informationen über Anis Amri, den Attentäter vom Breitscheidplatz, in Mecklenburg-Vorpommern liegen geblieben waren. Der Untersuchungsausschuss im Bundestag will die verantwortlichen Mitarbeiter im Herbst laden.

Wurde also wiederholt geschlamspt? Hat Innenminister Caffier seinen Laden nicht unter Kontrolle?

Bei dem Treffen in der Anwaltskanzlei unterbricht Dirk Friedriszik die Ausführungen von T. Er stellt Fragen. Wie viele Uniter-Leute gibt es in Mecklenburg-Vorpommern? Gibt es Namenslisten? Kennen Sie den hier?

Friedriszik zeigt ein Foto. Er stellt noch mehr Fragen und bekommt Antworten von T., die ihm seit Jahren schon der Verfassungsschutz hätte geben können, so wie es der parlamentarische Ablauf vorsieht. Es lässt sich nicht überprüfen, was Friedriszik weiß oder nicht weiß. Er ist Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission, eines Gremiums, vor dem der Verfassungsschutz seine Arbeit zumindest teilweise offenlegen muss. Was dort gesprochen wird, ist geheim. Er selbst sagt, er habe keine Informationen bekommen.

Das belegt zum Beispiel das Protokoll einer Sitzung des Innenausschusses des Landtags im Sommer 2019. Damals ist der Chef des Landeskriminalamts, Ingolf Mager, zu Gast, Friedriszik fragt, ob es Ermittlungen zu Uniter gebe. Mager antwortet auf diese Frage nicht. Er erwähnt nicht einmal, dass die Uniter-Mitgliedschaft des Polizisten aus Wismar längst bekannt ist.

Monate später wird der IKA-Chef versetzt, weil er das rechtsextreme Treiben einiger IKA-Polizisten übersah. Mindestens einer von ihnen war Teil des Hannibal-Netzwerks. Inzwischen hat Ingolf Mager einen neuen Job: Beim Verfassungsschutz ist er für Rechtsextremismus zuständig.

Deshalb kann auch Friedriszik von einem bemerkenswerten Treffen mit dem Verfassungsschutz berichten. Nur Tage vor dem Termin in der Anwaltskanzlei trifft er Mager und den stellvertretenden Verfassungsschutzchef im Besucherraum des Geheimdienstes. Sie berichten ihm, dass sie Informationen über Uniter und das Hannibal-Netzwerk haben, sie bestätigen nun, dass es eine Quelle gibt. „Offensichtlich weiß der Verfassungsschutz viel, aber es passiert nichts“, sagt uns Friedriszik. Und: „Es reicht nicht, Informationen zu sammeln, sie aber nicht zu verwenden, um Extremismus auch aktiv zu bekämpfen.“

Ende Juni gibt das Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt, dass Uniter als Verdachtsfall eingestuft ist. Das ist die zweite Stufe. Die dritte ist, bei „erwiesenen extremistischen Bestrebungen“, der Beobachtungsfall. Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern sagt auf Anfrage, es teile die Auffassung und beteilige sich an der Verdachtsfallbearbeitung. Es teilt außerdem mit: „Sie können davon ausgehen, dass den parlamentarischen Unterrichtsverpflichtungen nachgekommen wird.“



Screenshot vom Instagram-Account des Polizisten aus Wismar Foto: Archiv

Wie arbeitet der Verfassungsschutz überhaupt? Und warum schafft er es offenbar nicht, mit gewonnenen Informationen etwas Sinnvolles zu tun?

Der Polizist aus Wismar besteht den Kommissarlehrgang, wurde bislang aber nicht befördert. Das Ministerium hat nun doch ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

Weil T. den Landesbehörden nicht mehr vertraut, hat er sich inzwischen an das Bundeskriminalamt gewandt. Auch dort liegen nun Dateien, Videos, Informationen über Uniter und das Hannibal-Netzwerk. Seit Monaten schon.

Im Juli stellte die Staatsanwaltschaft Schwerin die Ermittlungen wegen der Schüsse auf die Häuser des Abgeordneten Dirk Friedriszik und der Quelle T. ein.

LE APP für Weltpolitik

Die Internationale

Analysen, Alternativen und Geschichten, die Sie anderswo nicht finden: Einmal im Monat lesen Sie in LMD, was auf der Welt passiert – und was dabei auf dem Spiel steht.

App, ePaper & Audio für 4,50 €/ drei Monate [monde-diplomatique/schnupperabo](https://monde-diplomatique.com/schnupperabo)

* Das Abo verlängert sich nach Ende des Bezugszeitraums zum dann gültigen Preis, derzeit 40,80 €, wenn es nicht 3 Wochen vorher gekündigt wird.



3 Monate für 4,50 €*